

Laibacher Zeitung.

Nr. 2.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Montag, 4. Jänner.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 5 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1875.

Ämtlicher Theil.

Gesetz vom 25. Dezember 1874

betreffend die Zuerkennung der gesetzlichen Quinquennalzulagen an die ordentlichen Professoren der Universitäten, der selbstständigen theologischen Facultäten und der Akademie der bildenden Künste in Wien.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1. Vom 1. Jänner 1875 an erfolgt die Zuerkennung und Auszahlung der gesetzlichen Quinquennalzulagen an die ordentlichen Professoren der Universitäten, der selbstständigen theologischen Facultäten und der Akademie der bildenden Künste in Wien in allen Fällen nach Maßgabe der Dienstzeit, welche dieselben als ordentliche Professoren an einer dieser Lehranstalten, sei es vor, sei es nach Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes, zugebracht haben.

§ 2. Die hiemit nicht im Einklange stehenden Bestimmungen des § 4 des Gesetzes vom 9. April 1870, R. G. Bl. Nr. 45, beziehungsweise des § 3 des Gesetzes vom 8. Mai 1871, R. G. Bl. Nr. 40, und des § 3 des Gesetzes vom 19. März 1872, R. G. Bl. Nr. 30, sind aufgehoben.

§ 3. Mit der Durchführung dieses Gesetzes ist Mein Minister für Cultus und Unterricht beauftragt. Widdlis, am 25. Dezember 1874.

Franz Joseph m. p.

Kuersperg m. p.

Stremayr m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 25. Dezember v. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß dem Raths des Landesgerichtes in Triest, Johann Bertinello, anlässlich der von ihm angeführten Verschönerung in den bleibenden Ruhestand die Allerhöchste Zufriedenheit mit seiner vieljährigen treuen und erprießlichen Dienstleistung bekannt gegeben werde.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 28. Dezember d. J. dem Ministerialrath und Leiter des technischen Departements für Straßen- und Wasserbau im Ministerium des Innern, Mathias Baniet, in Anerkennung seiner vieljährigen vorzüglichen Dienstleistung das Ritterkreuz des Leopold-Ordens mit Rücksicht der Taten allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 28. Dezember v. J. der

barmherzigen Schwester Hildegard Robitsch, Vorsteherin des Kinderospitales in Graz, in Anerkennung ihres vieljährigen menschenfreundlichen Wirkens das goldene Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Justizminister hat die Stelle des Controlors in der Männer-Strafanstalt zu Gradisca dem Oberlieutenant des Linieninfanterie-Regiments Nr. 28 Victor Boh v. Reichenfeld verliehen.

Am 31. Dezember 1874 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien zu dem abgelaufenen Jahrgange 1874 der deutschen Ausgabe des Reichsgesetzblattes das Titelblatt und ein doppeltes Repertorium ausgegeben und versendet. Daraus enthält das erste ein chronologisches und das zweite ein alphabetisches Verzeichnis der in den 131 Stücken des Jahrganges 1874 kundgemachten Gesetze und Verordnungen.

(Br. Ztg. Nr. 299 vom 31. Dezember.)

Am 2. Jänner 1875 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das 1. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter

Nr. 1 die Verordnung des Justizministeriums vom 24. Dezember 1874, wodurch die Errichtung eines Gewerbegerichtes in Bistum für die Metallindustrie verfügt wird;

Nr. 2 das Gesetz vom 2. Dezember 1874, betreffend die Zuerkennung der gesetzlichen Quinquennalzulagen an die ordentlichen Professoren der Universitäten, der selbstständigen theologischen Facultäten und der bildenden Künste in Wien;

Nr. 3 das Gesetz vom 25. Dezember 1874, betreffend die Zuerkennung von Quinquennalzulagen an die Amonnen der Universitätsbibliotheken.

(Br. Ztg. Nr. 1 vom 1. Jänner.)

Nichtamtlicher Theil.

Zum Jahreschlusse 1874.

Von jenen Journalstimmen, welche aus Anlaß des Jahreswechsels den üblichen Rückblick auf die politische und volkswirtschaftliche Entwicklung Oesterreichs warfen, welche die politischen Ereignisse und Ergebnisse des In- und Auslandes registrierten, verdient wohl auch jene des „Neuen Fremdenblatt“ Aufmerksamkeit. Das genannte Blatt sagt an leitender Stelle:

„Die Reihe der vollbrachten Thaten, der geschaffenen Werke ist kurz; sie zu überblicken, bedarf es keiner Gruppierung und Charakterisierung; sie haften im Gedächtnisse des ganzen Volkes. Aber keines von ihnen gibt und alle zusammen geben nicht dem ablaufenden Jahre seine Bedeutung. Letztere liegt weitaus mehr als in den Begebenheiten in der stillen Wirksamkeit des Reichsgedankens, einer Wirksamkeit, die nur nach Ablauf

längerer Fristen erkennbar ist, gleich dem Wachsen des Baumes, dem Anfügen von Zelle an Zelle, nicht in jeder Einzelheit beobachtet, aber aus den Jahresringen geschlossen wird. Die Basis für die neue Entwicklung Oesterreichs zu gewinnen, war nur möglich unter Kämpfen und Katastrophen; nun sie jedoch gesichert ist, vollzieht sich der gewaltige organische Umwandlungsprozeß: die Verschmelzung aller Stämme und Parteien zu einem österreichischen Volke, das in politische Fractionen und sociale Schichten gespalten sein mag, doch in der Hingebung an das Reich und dessen Grundgesetze einig ist — ohne Störung, Schritt für Schritt und mit der Unwiderstehlichkeit eines Naturgesetzes.

Allerdings galt noch das erste Viertel des scheidenenden Jahres der Gewinnung des Bodens, auf welchem allein die Neugestaltung erfolgen konnte. Die Kirche hatte die Marksteine ihres Machtgebietes weit in dasjenige des Staates hereingeschoben; die confessionellen Gesetze waren eine vom Existenzbedürfnisse des Staates gebotene Grenzberichtigung. Letztere erfolgte nach den Principien der strengsten Gerechtigkeit. In dieser liegt die Erklärung, daß die Proclamation der Rechte des Staates nicht wie anderwärts zu Verbitterung der alten, zur Schaffung neuer Kämpfe zwischen Kirche und Staat führte, sondern daß, von kleinen Nachhutgefechten abgesehen, der seit langen Jahren tobende Kampf, wenn nicht dem Frieden, so dem Waffenstillstande gewichen ist. Der Episkopat und mit ihm der gesammte Klerus fügt sich dem Staatsgesetze — hin und wieder erst nach einigem Sträuben, doch er fügt sich. Das verdoppelt den Werth der confessionellen Gesetze. Wir gewinnen die Frucht der letztern ohne jenen Kampf, welcher auf lange Jahre den Gewinn zunichte machen würde.

Die Abspannung der Leidenschaften, welche im ultramontanen Lager so lange getobt haben, führt zur Aufrichtung der unter dem vulkanischen Aechenregen des Fanatismus erstirbten besseren Eigenschaften des österreichischen Klerus und seines Anhangs. Die Treue für das Reich war im vorigen Jahre noch eine ausschließliche Tugend der winzigen, um den wiener Erzbischof gescharten Priesterschaft; im endenden Jahre hat sie unter den Klericalen propagandistische Kraft erwiesen. Die Abstreifung der Vaterlandslosigkeit, die Wiederhineinigung zum Vaterlande führte naturgemäß zu einer Abschwächung des wilden Hasses gegen die andersdenkenden Reichsgenossen und zur allmählichen Forderung des Bundes, welches bis dahin die Reichsfeinde aller Nationalitäten mit den Schwarzen innigst verknüpft hatte. Die mustergiltige Organisation und die stramme Disziplin der Kirche waren es aber, welche der separatistischen Agitation ihre Macht und Gefährlichkeit gaben;

Feuilleton.

Der Graf von Felseck.

Kriminalnovelle von Hanns Rind.

(Fortsetzung.)

„Tante Merville, verehrteste Tante!“ rief Frederic aus, und es schien in der That, als ob diese Worte geeignet wären, die Kranke wieder zum Bewußtsein zu bringen. Sie öffnete weit die Augen und blickte ihren Neffen an. Dann deutete sie auf ein Glas, und als Frederic es ihr reichte, trank sie es bis zum letzten Tropfen aus und rasch waren ihre Lebensgeister wieder geweckt. Sie richtete sich auf und saß, obgleich bleich wie eine Todte, von dem Kissen unterstützt.

„Frederic“, begann sie klar und vernehmlich, „ich wünsche, daß du mir einige Augenblicke Gehör schenkst, es ist um meines eigenen Vortheiles willen, denn würde ich sterben, ohne dich mit dem bekannt zu machen, was meine Absicht ist, so wärest du arm, kein Heller meines Vermögens würde dir zufließen. Ich wiederhole dir, daß meine Zeit knapp gemessen ist.“

„Ich höre, Tante“, murmelte Frederic, unwillkürlich erbleichend.

„Du hast jenes junge Mädchen gesehen?“

„Ja.“

„Weißt du, wer sie ist?“

„Nein.“

„Es ist meine Stieftochter, Frederic.“

„Deine Stieftochter, Tante? Ich habe nie gehört, daß der Onkel ein Kind hatte.“

„Er hatte eins, Frederic. Du weißt, der Onkel war mit einer bürgerlichen verheiratet, bevor ich ihm

meine Hand gab. Jenes junge Mädchen ist sein Kind aus einer Ehe, aber darum doch eine Gräfin von Felseck.“

„Die Ehe des Onkels ist nie als eine glückliche betrachtet“, sagte Frederic, und ein gewisses verächtliches Lächeln suchte um seine Mundwinkel.

„Sie war aber nichtdestoweniger eine glückliche. Graf Karl von Felseck und Anna Bonin wurden in der Kirche zu Waidorf von dem Pfarrer Wilmers getraut.“

„Weißt du das gewiß, Tante?“ fragte Frederic ungläubig.

„Du findest den Trauschein unter Sylvia's Papieren. Sie hat mir indessen versprochen müssen, ihn nicht eher herauszugeben, als bis sie verheiratet ist.“

„Sie wird sich verheiraten?“

„Ich denke es, Frederic, es wird nicht schwer halten für die Comtesse von Felseck, welche im Besitze eines colossalen Vermögens, einen Gatten zu finden.“

„Sylvia ist reich. Sie erbt nicht allein das Vermögen des verstorbenen Grafen Karl, sondern ich habe sie auch zu meiner Universalerin eingesetzt.“

„Tante!“

„In Frederics Miene lag eine unaussprechliche Angst,“ aber auch ein Vorwurf.

„Graf Karl hat mir als seiner Gattin nur einen Theil seines Vermögens vermacht, während alles übrige an Sylvia fiel. Mein Reichthum ist das Erbtheil meines zweiten Gatten, des Lord Merville.“

„Tante, und du hast vergessen, was du meiner verstorbenen Mutter versprochen hast.“

„Nein Frederic, keinen Augenblick.“

„Du hast aber jenes Mädchen zu deiner Universalerin eingesetzt und du weißt, daß ich in eben nicht glänzenden Verhältnissen lebe.“

Lady Merville beachtete den Einwurf nicht.

„Deiner Mutter versprach ich, für dich zu sorgen“, fuhr sie fort, „und das that ich nicht, wenn ich dir einen Theil meines Vermögens vermachte, welcher bald genug verschleudert gewesen sein würde, Sylvia aber stand meinem Herzen näher als du. Der Graf hatte gewünscht, daß sein Kind in einer ihm bekannten ausgezeichneten Pension erzogen werden möge; als aber ihre Erziehung beendet war und meine Stellung als Lady Merville mir gestattete, sie in die Welt einzuführen, da habe ich sie zu mir genommen zu meiner eigenen Freude und Lord Merville's Glück. Er liebte sie, wie er ein eigenes Kind nicht mehr hätte lieben können und als er starb, nahm er mir das Versprechen ab, für Sylvia's Wohl wie eine Mutter zu sorgen. Ich habe das gethan nach besten Kräften und habe es nun auch für meine Pflicht, Lord Merville's Eigenthum ihr zuzumenden, denn Sylvia hat wie eine Tochter für mich gesorgt. Sie hat meine letzten Lebensstage verbracht, sie blieb bei mir, als ich einsam und verlassen war und niemand sich um mich arme alte Frau kümmerte. Selbst du nicht, Frederic, obwohl du wußtest, wie ich dich geliebt und wie treu ich dich gepflegt in jener Zeit, als deine Mutter starb und du krank und elend warst. Aber still; ich will nicht angesichts des Todes davon sprechen, was du mir Leides zugefügt und wie ich manchmal gelobt habe, mich nicht mehr um dich zu kümmern. Ich wußte, daß du bodenlos schwach und leichtsinnig warst und alles das, was ich von dir hörte, bestätigte, daß du nicht gebessert. Man sagte mir sogar, du habest eine Schauspielerin geheiratet, aber ich mochte es nicht glauben. Du würdest deine Tante doch mit einem so wichtigen Schritte bekannt gemacht haben? Nicht wahr, Frederic, das wenigstens war eine Lüge?“

In ihrem Antlitz lag eine unaussprechliche Angst bei dieser Frage.

mit der langsamen Auflösung der Kirche vom Föderalismus beginnt das Ende der Nationalitäten-Bewegung. Wohin wir blicken im weiten Umkreise der Monarchie zeigen sich Zerfall und Zersetzung unter den Verfassungsfeinden, erobert der Verfassungsdanke eine Scholle nach der anderen von dem ihm einst durch unübersteigbare Wälle versperrten Gebiete. Bis ins Herz der feindlichen Lager ist er gedrungen und hat seine Siegesfahne, die Fahne des Reiches und der Freiheit aufgespielt.

Auf politischem Felde ist keine ehrliche Besorgnis gerechtfertigt, keine vernünftige Hoffnung enttäuscht worden. Anders auf wirtschaftlichem Gebiete. Wohl haben sich auch auf diesem die trübsten Prophezeiungen nicht bewahrheitet. Allen Cassandra-Stimmen zum Trost ist der Staatscredit intact geblieben, haben die Steuern im Vorjahre den Voranschlag in außerordentlichem Maße und im ablaufenden Jahre nicht unbedeutend überstiegen; aber die an das glänzende Ergebnis der Ernte geknüpften Hoffnungen sind ebenfalls nicht verwirklicht worden. Die wirtschaftliche Lage ist im Laufe des Jahres nicht gebessert, doch auch nicht verschlechtert worden, wenn sie auch heuer mehr gefühlt, richtiger: weniger verborgen wurde als im Jahre der Weltausstellung. Die traurige Erbschaft des vorjährigen Schloßes geht leider unverkürzt an das nächste Jahre über. Doch nicht ganz unverkürzt! Denn die zahlreichen Wahnvorstellungen über Arkan, die anderswo als in der Selbstaufrichtung des Volkes liegen möchten, sind durch die Debatten im Reichsrathe zerstört und die Einsicht über die jedem einzelnen und der Gesamtheit obliegenden Pflichten ist gestärkt worden. Und dieses Pflichtbewußtsein ist ein Gewinn, vielleicht von größerem Werthe, als es ein neuer, von der Börse niederschauernder Regen von — Regengold wäre. Denn Einsicht und moralischer Ernst allein sind im Stande, das Gebäude wirtschaftlicher Größe wieder aufzurichten, daß es nicht abermals von einem Sturm bis auf die Grundmauern weggeführt werden kann.

Mit uns hat Ungarn den Nothstand, nicht jedoch die friedliche und freundliche politische Fortentwicklung getheilt. Das Land glich einem Fieberkranken, welcher sich von einer Seite auf die andere wälzen wollte. Und dennoch hat Ungarn Ursache, das scheidende Jahre hoch zu preisen. Die Finanznoth ist seit Ghygzy's Eintritt nicht gestiegen, wohl aber sind die ersten Anfänge zur Herstellung der Ordnung, zur Steigerung der Staatseinnahmen und — freilich erst in bescheidenstem Maße — Herabminderung des Staatsaufwandes getroffen worden. Der eine Mann, den Ungarn zum Minister gewonnen, Koloman Ghygzy, der hingebendste, opferwilligste Patriot, wiegt ganze Parteien auf. Die ersten, von jeder Neuerung untrennbaren Convulsionen sind überwunden; die Deak-Partei war irre geworden an sich selbst, hat sich jedoch wieder gefunden und aus der überstandenen Lebensgefahr einen Ansporn zum Zusammenhalten gewonnen. Nicht vergessen dürfen wir, daß das persönliche Eingreifen der Krone allein den Zusammenbruch des herrschenden Systems verhütet hat und nicht vergessen wird Ungarn den Dank, den es dem Träger der Krone schuldet, welcher zugleich Kaiser von Oesterreich ist. Die Verhandlungen über Erneuerung des Ausgleichs werden den Prüffstein ungarischer Dankbarkeit geben. In den Tagen der inneren Wirren und der

Finanznöthen ist der staatsrechtliche Streit ganz in den Hintergrund getreten; man hat sich nicht wieder den Ausgleich erhitzen und darum nicht nöthig gehabt, sich für ihn anzustrengen. Indem alle Gedanken sich der Bedrängnis des Vaterlandes zuwendeten, erkannte man, wie der Ausgleich einen so weiten Spielraum für die Betätigung aller Kräfte gelassen hat, daß der bis jetzt erfolgte Kraftaufwand nicht zur Ausfüllung hinreicht, daß Ungarn, wenn es nur die jetzt ihm zugemessenen Rechte und Pflichten ausfüllen will, seine Anstrengungen verdoppeln und die thörichten, kraft- und zeitraubenden Versuche zur Erweiterung des Wirkungsgebietes einstellen muß. Diese Erkenntnis ist tiefer und tiefer in alle Schichten des Volkes gesickert und hat ihren Ausdruck in dem glänzenden Siege gefunden, welchen die Deak-Partei bei Ernennung der Centralwahlaußschüsse davongetragen hat. Die Verstärkung der ausgleichsfreundlichen Partei bei den nächstjährigen Landtagswahlen und damit die Erneuerung des Ausgleichs steht außer Zweifel. Ungarn kann seine volle Kraft der inneren Reorganisation widmen, Oesterreich wird in seiner Fortentwicklung nicht durch staatsrechtliche Kämpfe gestört werden, und die Reaction ist ärmer geworden um die Hoffnung, aus dem Streite der Verfassungsparteien beider Reichshälften Vorthail zu ziehen.

Außer den confessionellen Gesetzen hat das Jahr 1874 keinen glänzenden, in die Augen fallenden Gewinn, doch es hat den höheren Gewinn einer stillen, die Gemüther umspinnenden Wirksamkeit des Reichsgedankens, einer ernstlichen Schulung der Geister, gewachsenen politischen und wirtschaftlichen Einsicht gebracht, so daß wir ohne Furcht vor Katastrophen ins neue Jahr schreiten können, sicher, das Schwerste überstanden und die Möglichkeit des Fortschrittes in unserer, des Volkes, Hand zu haben."

Bismarck und die Papstwahl.

Der „Reichsanzeiger“ leitet die Veröffentlichung eines der kirchenpolitischen Actenstücke, die im Prozesse Armin eine Rolle spielten, mit nachstehendem Artikel ein.

„Die ungewöhnlichen Umstände, durch welche die gerichtliche Verfolgung des wirklichen Geheimrathes Graf Armin herbeigeführt wurde, hat diplomatische Actenstücke an die Oeffentlichkeit gebracht, welche zu strenger Geheimhaltung bestimmt waren. Für die Zulassung der öffentlichen Verhandlung über dieselben war unter anderem die Erwägung maßgebend, daß die Hand, welche sie dem Archiv entzogen, voraussichtlich stückweise und willkürlich daraus mittheilen und bekanntmachen würde, wogegen die volle und ganze Kundwerdung allerdings zu ändern, aber minder schwerwiegenden Bedenken Anlaß bot.

Die Richtigkeit dieser Auffassung findet schon jetzt bezüglich der secretirten Acten ihre Bestätigung. Das königliche Stadtgericht zu Berlin hat bekanntlich eine Reihe von Documenten ausgehoben und der Oeffentlichkeit vorenthalten, weil nach Ansicht des Gerichtshofes von dem Bekanntwerden derselben eine Gefährdung des Friedens zu befürchten sei. Diese Secretirung und deren Beweggrund dient nun schon einer mehr und mehr um sich greifenden Verdächtigung als Anhalt.

Mit Recht hat das Stadtgericht die Actenstücke kirchenpolitischen Inhaltes secretirt, denn mit wenigen

Ausnahmen handelt es sich dabei nicht um unser, sondern um fremdes Amtsgeheimnis. Dem Inhalte nach hat nichts davon das Licht des Tages zu scheuen; wenn aber fast alle auswärtigen Regierungen infolge diesseitiger Anregung und in dem bisher nie getäuschten Vertrauen auf deutsche Discretion sich in betreff eines bedeutungsvollen Gegenstandes geäußert haben, wenn hervorragende Staatsmänner des Auslandes aus ihrer berechtigten Zurückhaltung ebenso vertrauensvoll herausgetreten sind, dann wird die Rücksicht diplomatischer Verschwiegenheit unumgänglich. Ohnedies muß der Credit der Regierung, da eine jede für das Verhalten ihrer Organe verantwortlich ist, darunter leiden, daß einer ihrer vornehmsten Functionäre vertrauliche Äußerungen fremder Cabinete und Diplomaten, die ihm von seiner Regierung zu seiner amtlichen Information zugänglich gemacht worden, im Reiseoffizier mit sich im Lande umherführen, allen Gasthofsoffizieren aussetzen oder solche Actenstücke gelegentlich einem Advocaten zur Bestellung an einen Untersuchungsrichter mit auf den Weg geben konnten. Den fremden Cabineten gegenüber haftet die deutsche Regierung auch für den Mißbrauch, der, nach bisherigen Erfahrungen zu urtheilen, mit zurückgehaltenen Abschriften der confidentialen Mittheilungen derselben getrieben werden kann.

Die Regierung selbst kann sich keineswegs ermächtigt halten, vertrauliche oder geheime Mittheilungen anderer Regierungen der Oeffentlichkeit zu übergeben, wenn sie auch die Verantwortung dafür zu tragen hat, daß sie einen kaiserlichen Botschafter in solche geheime Mittheilung im Interesse des Dienstes glauben einweihen zu können. Soweit es sich um das Intimste, das nur Deutschland angeht, handelt, kann alles an das Licht gezogen werden, ohne unsere auswärtigen Beziehungen zu schädigen, geschweige denn, den Frieden zu gefährden.

Die Basis zu dem ganzen der Oeffentlichkeit vorenthaltenen Fascikel bildet eine Circular-Depesche des Reichskanzlers vom 14. Mai 1872, die künftige Papstwahl betreffend. An sie schlossen sich die Rückäußerungen anderer Regierungen, die dem Botschafter in Paris vermöge seiner amtlichen Stellung mitgetheilt wurden. Die letzteren bleiben, so weit die Macht der Regierung reicht, geheimgehalten."

Dieses (vertrauliche) Schriftstück lautet: „Berlin, den 14. Mai 1872. Die Gesundheit des Papstes Pius IX. ist nach allen uns zukommenden Berichten eine durchaus befriedigende und keine Symptome einer baldigen Abänderung darbietende. Ueber kurz oder lang aber muß eine neue Papstwahl immer eintreten und der Zeitpunkt entzieht sich der menschlichen Berechnung und Voraussicht. Die Stellung des Oberhauptes der katholischen Kirche ist eine für alle Regierungen, innerhalb deren Ländern diese Kirche eine anerkannte Stellung hat, von solcher Bedeutung, daß es geboten scheint, sich die Folgen eines Wechsels in der Person des Papstes rechtzeitig zu vergegenwärtigen.

Es ist schon früher anerkannt worden, daß die Regierungen, welche katholische Unterthanen haben, dadurch auch ein großes und unmittelbares Interesse an einer Papstwahl haben, sowohl an der zu wählenden Persönlichkeit selbst, als besonders auch, daß die Wahl von allen Garantien in formaler und materieller Beziehung umgeben sei, welche es den Regierungen möglich machen, sie als eine gültige und allen Zweifel ausschließende auch für sich und den Theil der katholischen Kirche in ihren Ländern anzuerkennen. Denn daß die Regierungen, ehe sie dem durch Wahl constituirten Souverän, der berufen ist, so weitgreifende, in vielen Stücken nahe an die Souveränität grenzende Rechte in ihren Ländern auszuüben, diese Rechte factisch zugestehen, verpflichtet sind, gewissenhaft zu erwägen, ob sie die Wahl anerkennen können, darüber scheint mir kein Zweifel sein zu können. Ein Papst, welchem die Gesamtheit oder die Mehrzahl der europäischen Souveräne aus formalen oder materiellen Gründen glaubte die Anerkennung versagen zu müssen, würde so wenig denkbar sein, wie es denkbar ist, daß ein Landesbischof in irgend einem Lande Rechte ausübt, ohne von der Staatsregierung anerkannt zu sein. Dies galt schon unter der früheren Ordnung der Dinge, wo die Stellung der Bischöfe noch eine selbständigere war und die Regierungen nur in seltenen Fällen in kirchlichen Dingen mit dem Papst in Berührung kamen.

Schon die im Anfang dieses Jahrhunderts geschlossenen Concordate haben directere und gewissermaßen intimere Beziehungen zwischen dem Papste und den Regierungen hervorgerufen, vor allem aber hat das vaticansische Concil und seine beiden wichtigsten Bestimmungen über die Unfehlbarkeit und über die Jurisdiction des Papstes die Stellung des letztern auch den Regierungen gegenüber gänzlich verändert und das Interesse der letzteren an der Papstwahl auf das höchste gesteigert, damit aber ihrem Rechte, sich darum zu kümmern, auch eine umso festere Basis gegeben. Denn durch diese Beschlüsse ist der Papst in die Lage gekommen, in jeder einzelnen Diöcese die bischöflichen Rechte in die Hand zu nehmen und die päpstliche Gewalt der landesbischoflichen zu substituieren. Die bischöfliche Jurisdiction ist in der päpstlichen aufgegangen, der Papst übt nicht mehr wie bisher einzelne bestimmte Reservatrechte aus, sondern die ganze Fülle der bischöflichen Rechte ruht in seiner Hand; er ist im Principe an die Stelle jedes einzelnen Bischofs getreten und es hängt nur von ihm ab, sich auch in der

Frederic von Felsed saß eine Minute lang regungslos, sein Gesicht war fast bleicher als das der Kranken, aber er sagte sich schnell.

„Ja Tante, das war eine Lüge! Ich! eine Schauspielerin heiraten!“

„Es freut mich, Frederic!“ sagte die alte Frau tief aufathmend. „Der Leichsinn wäre auch unverantwortlich gewesen, so konntest du deinen Stammbaum nicht vergessen!“

„Gewiß nicht, Tante“, flüsterte Frederic kaum hörbar.

Der alten Dame entging ganz und gar der aufgeregte Zustand, in welchem sich ihr Nefse befand. Sie fühlte, wie der Tod ihrem Herzen näher und näher kam, und sie hatte noch so viel zu erledigen.

„Nun höre weiter, Frederic“, fuhr sie hastiger fort, „ich habe dir noch eines mitzutheilen. Mein Reichthum ist verschont, es ist für dich nichts übrig geblieben, als die Möglichkeit, ihn dir zu erwerben.“

Ein hellerer Schimmer flog bei diesen Worten über Frederics Antlitz.

„Die Möglichkeit, ihn mir zu erwerben, Tante?“

„Ja, Frederic, du hast das Rechte ausgesprochen. Sylvia's Gatte wird dereinst der Besitzer ihres Reichthums.“

Einen Augenblick bejaunt sich Frederic — dann bedeckte Leichenblässe sein Gesicht.

„Tante!“ stieß er zwischen den fest zusammengepreßten Zähnen hervor.

„Erstreckt dich der Gedanke so, Frederic? Ist es so entsetzlich, Sylvia's Gatte zu werden, sich mit diesem schönen, anmuthigen, reich gebildeten Wesen ein bedeutendes Vermögen zu erwerben?“ fragte die Kranke verwundert.

Frederic hatte sich besonnen. Die letzten Worte der Kranken kamen schneller — mehr hervorgestoßen.

„Das nicht, Tante — aber wird Sylvia mich zu ihrem Gatten erwählen? Mich dünkt sie so hold und liebrend — daß ich mir ein solches Glück kaum denken kann.“

Ueber das bleiche Antlitz der alten Dame ergoß es sich wie heller Sonnenschein.

„Sie wird dich erwählen, Frederic“, sagte sie dann mit aller Bestimmtheit. Sylvia hat sich schon seit langer Zeit an den Gedanken gewöhnt, deine Gattin zu werden. Ich habe ihr alles vorgestellt — deinen Leichsinn und deine Herzengüte und sie hat sich bereit erklärt, meinen letzten Willen zu erfüllen und dir ihre Hand zu reichen. Sie kennt deine Vergangenheit, ich habe mich selbst nicht gescheut, ihr deine zahlreichen Liebesverhältnisse mitzutheilen, aber ich nannte es deinen unverantwortlichen Leichsinn und ich bin fest überzeugt, daß sie dich am ersten davon heilen wird. So erfülle ich denn mein Versprechen, was ich deiner sterbenden Mutter gegeben — ich habe dir deinen Lebensweg gezeichnet und es liegt nur an dir, ob du ihn betreten willst. Mehr konnte ich nicht thun. Ich vertraue dir mein liebste, mein bestes an und mein Glück würde dich treffen, wenn du es nicht werth achtest und es nicht vor allem Weh und Herzeleid der Welt schüttest. Du wirst sehr glücklich sein, wenn du Sylvia's Werth erkannt hast und ihn zu würdigen weißt, aber das Unglück wartet deiner, wenn du diese Stunde vergisst und ihr den Frieden raubst, den sie so sehr verdient.“

Frederic saß regungslos. In seinen Zügen prägte sich ein harter schwerer Kampf aus. Schon mehrere Male hatte er den Mund zum Sprechen geöffnet, aber er schwieg — ihm fehlte jeder moralische Muth. Nur eines Winkes hätte er bedurft und es wäre vielleicht noch Zeit gewesen, aber er sprach das Wort nicht aus.

(Fortsetzung folgt.)

Praxis in jedem einzelnen Augenblick an die Stelle des selbst gegenüber den Regierungen zu setzen. Die Bischöfe sind nur noch seine Werkzeuge, seine Beamten ohne eigene Verantwortlichkeit; sie sind den Regierungen gegenüber Beamte eines fremden Souveräns geworden, und zwar eines Souveräns, der vermöge seiner Unfehlbarkeit ein vollkommen absoluter ist — mehr als irgend ein absoluter Monarch in der Welt.

Ehe die Regierungen irgend einem Papste eine solche Stellung einräumen und ihm die Ausübung solcher Rechte gestatten, müssen sie sich fragen, ob die Wahl und die Person desselben die Garantien darbieten, welche sie gegen den Mißbrauch solcher Gewalt zu fordern berechtigt sind. Dazu kommt noch, daß gerade unter den jetzigen Verhältnissen nicht mit Sicherheit zu erwarten steht, daß auch nur die Garantien, mit welchen in früheren Jahren ein Conclave umgeben war und welche es selbst in seinen Formen und seiner Zusammensetzung darbot, zur Anwendung kommen werden.

Die vom römischen Kaiser, von Spanien und Frankreich gelübte Exklusive hat sich oft genug als illusorisch erwiesen. Der Einfluß, welchen die verschiedenen Nationen durch die Cardinale ihrer Nationalität im Conclave ausüben konnten, hängt von zufälligen Umständen ab. Unter welchen Umständen die nächste Papstwahl stattfinden, ob dieselbe nicht vielleicht in übereilter Weise versucht wird, so daß die früheren Garantien auch der Form nach nicht gesichert wären, wer wollte das voraussehen?

Aus diesen Erwägungen scheint es mir wünschenswerth, daß diejenigen europäischen Regierungen, welche durch die kirchlichen Interessen ihrer katholischen Unterthanen und durch die Stellung der katholischen Kirche in ihrem Lande bei der Papstwahl interessiert sind, sich rechtzeitig mit den dieselbe betreffenden Fragen beschäftigen und womöglich sich unter einander über die Art und Weise verständigen, wie sie sich derselben gegenüber verhalten wollen, und über die Bedingungen, von welchen sie eventuell die Anerkennung eine Wahl abhängig machen würden.

Eine Einigung der europäischen Regierungen in diesem Sinne würde von unermesslichem Gewichte und vielleicht im Stande sein, im voraus schwere und bedeutliche Complicationen zu verhindern.

Eure u. s. w. erlaube ich daher ergebenst, die Regierung, bei welcher Sie beglaubigt zu sein die Ehre haben, zunächst vertraulich zu fragen, ob sie geneigt sein möchte, zu einem Vorentscheid und zu einer eventuellen Verständigung mit uns über diese Frage die Hand zu bieten. Die Form, in welcher dies geschehen könnte, würde dann leicht gefunden werden, wenn wir vorerst der Bereitwilligkeit sicher sind."

Politische Uebersicht.

Raibach, 3. Jänner.

In der am 31. v. M. stattgefundenen Sitzung des kroatischen Landtages interpellirte Matanec den Banus betreffs des zwischen dem Grenzärar und dem Grenzwall der Consortium abgeschlossenen Vergleiches, ob durch den letzteren das Landesinteresse gewahrt sei. Banus Mazuranic antwortete, daß er weder berechtigt noch verpflichtet gewesen sei, auf das Grenzwallergeschäft Einfluß zu nehmen, mit welcher Antwort sich Matanec nicht befriedigt erklärt, während dieselbe vom Hause zu Kenntnis genommen wird. Hierauf wurde die Specialdebatte über das Landesbudget fortgesetzt und nebst dem Budget der Landesfonde beendet.

Als Nachtrag zum Prozeß Arnim, der vor dem Kammergerichte weiterverhandelt wird, meldet man, der Czar habe zufolge der Verlesung der bekannten Actenstücke in eigenhändigen Schreiben an Kaiser Wilhelm und Bismarck seinen Dank für die Aufrechterhaltung der Friedenspolitik und die Anhänglichkeit Deutschlands an Rußland ausgesprochen.

Wie der „Courrier de France“ erfährt, sind im letzten französischen Ministerrathe folgende Beschlüsse gefaßt worden: Die Regierung soll bei Wiederaufnahme der Session nicht selbst den Antrag stellen, daß die constitutionellen Gesetze auf die Tagesordnung gebracht würden; aber sie soll sich einem solchen Antrage anschließen, wenn er von dem Dreißiger-Ausschusse oder einem Abgeordneten gestellt würde. Aus der Reihenfolge, in der diese Gesetze zu beraten wären, soll sie keine Cabinetsfrage machen, jedoch die Ansicht äußern, daß es sich empfehlen würde, die Vorlage über das Oberhaus von jener, welche den Uebergang der Gewalt betrifft, zu erörtern. Hinsichtlich der Frage, ob Personalveränderungen im Ministerium vorzunehmen wären, wurde jede Entscheidung vorbehalten. — In der am 30. v. M. stattgehabten zweiten Konferenz bei dem Präsidenten Mac Mahon wurde hauptsächlich das Gesetz wegen Errichtung eines Senates besprochen und die Nothwendigkeit anerkannt, das Senatsgesetz von den Verfassungsgesetzen nicht zu trennen. Die Frage wegen der Uebertragung der Gewalten wurde gleichfalls erörtert. Die Mitglieder der Rechten verweigern absolut die Annahme des unpersönlichen Septennats. — Das „Journal de Paris“ sagt, vom Ausgange der Elhsee-Conferenzen hänge das Schicksal der constitutionellen Gesetze und vielleicht auch die

Zukunft der Kammer ab. „La Presse“ glaubt an die Begründung der conservativen Republik.

Dem „Pester Lloyd“ wird aus Bukarest unterm 24. v. M. geschrieben: „Der diplomatische Agent Rußlands hatte an einem der letzten Tage eine längere Unterredung mit dem Minister des Aeußern, Herrn Boresco. Bei dieser Gelegenheit soll der Vertreter Rußlands dem fürstlichen Minister die Erklärung gegeben haben, daß das petersburger Cabinet, so bereitwillig es den Bestrebungen Rumäniens, seine Handelsbeziehungen zu erweitern und zu regeln, Unterstützung angedeihen lasse, sich gegen jede Auslegung verwahren müßte, die hierin eine Aufrechterhaltung zur Verletzung der vertragmäßigen Rechte der Pforte erblicken wollte. Man vermuthet hier, daß eine ähnliche, vielleicht sogar bestimmtere Erklärung auch in Belgrad abgegeben worden sei, wohin sich die Milder der hiesigen Actionspartei mit großen Hoffnungen wenden. Im Senate hat Minister Boresco die von einer Seite begehrte Vorlage der auf die mit Oesterreich-Ungarn abzuschließende Convention bezüglichen Documente rundweg abgelehnt.“

Gegen die Reblaus.

(Schluß.)

Aus dem betreffenden Motivenberichte entnehmen wir, daß sich die Regierung vor allem die Frage vorgelegt hat, ob die Staatsverwaltung sich überhaupt für berufen erachten soll, durch behördlich anzuordnende Maßregeln der Verbreitung des Insectes entgegenzuarbeiten und bejahenden Falles, welcher gesetzlichen Grundlagen sie hierzu bedürfe.

Was den ersten Theil dieser Frage betrifft, ist es vor allem wohl zweifellos, daß der Staat ein berechtigtes und eminentes Interesse besitzt, wo möglich zu verhindern, daß ausgedehnte Weinpflanzungen durch die Reblaus vernichtet oder wenigstens durch einen längeren Zeitraum minder ertragsfähig gemacht werden. Ob aber dieses Interesse durch imperatives Einschreiten zu betheiligen sei, hängt hauptsächlich davon ab, ob die zunächst anwendbaren Mittel ihrer Natur nach die staatliche Ingerenz erfordern, oder lediglich durch die Privatthätigkeit zur Anwendung gelangen können.

Diese Mittel sind nun folgende: Die möglichst schnelle Entdeckung der Ansteckungsherde, die Absperzung derselben in dem Sinne, daß Reben und andere Träger des Insectes daraus nicht verschleppt werden, und wo möglich die schnelle und nachhaltige Desinfection dieser Herde selbst. Die möglichst schnelle Entdeckung des Ansteckungsherdes liegt zwar im Interesse des Grundbesizers selbst, allein es erscheint opportun, dieses Interesse durch eine förmliche Verpflichtung zur unverzüglichen Anzeige der wahrgenommenen Anzeichen und unter gewissen Umständen zur Durchforschung der Weinpflanzung zu verschärfen, weil eine rechtzeitige Constatierung der Ansteckung von weittragender Bedeutung nicht nur für den betreffenden Grundbesizer selbst, sondern auch für die Umgegend sein kann. Diese Verpflichtung kann nur von staatswegen ausgesprochen werden.

Das zweitgenannte Mittel erfordert unbedingt eine behördliche Intervention, weil das Verbot der Uebersetzung von Ansteckungstoffen auf andere Gründe desselben oder eines anderen Grundbesizers ebenfalls nur von staatswegen erlassen werden kann. Die Desinfection endlich des Ansteckungsherdes selbst kann dann im Interesse des Grundbesizers liegen, wenn er erwartet, dadurch andere eigene Pflanzungen vor der Reblaus bewahren zu können, und wenn überdies die Kosten der Desinfection in einem angemessenen Verhältnis zu diesem erwarteten Erfolg stehen. In anderen Fällen kann die Desinfection nicht nur außer dem eigenen Interesse des Grundbesizers liegen, sondern sogar demselben widerstreiten, namentlich wenn damit bloß der Schutz fremder Weinpflanzungen erzielt werden soll. Es kann also auch zur Anwendung dieses Mittels das imperative Einschreiten des Staates gegen den Einzelnen, und zwar behufs Abwendung der aus seiner Unterlassung für Andere zu befürchtenden Nachteile nothwendig werden.

Da somit die gegen die Verbrennung der Phylloxera zunächst anwendbaren Mittel mehr oder weniger die staatliche Ingerenz erfordern, und da die Eindämmung des Uebels überhaupt im Interesse des Staates selbst liegt, wurde angenommen, daß die Staatsverwaltung sich als berufen anzusehen hat, ihre Mitwirkung eintreten zu lassen. Diese Auffassung stimmt mit der in Frankreich gemachten Erfahrung überein, wo mit der Zunahme der Calamität auch das Gefühl der Nothwendigkeit einer bestimmten staatlichen Ingerenz sich eingestellt und einerseits in den Versuchen, die Berechtigung dieser Ingerenz aus schon bestehenden Gesetzen im Wege der Analogie herzuleiten, andererseits aber darin Ausdruck gefunden hat, daß die Akademie der Wissenschaften die Grundsätze für einen diesfälligen Gesekentwurf feststellte und am Schlusse ihres Berichtes der Zuversicht Ausdruck gab, daß, wenn die Staatsverwaltung mit den nöthigen Befugnissen ausgestattet sein wird, es ihr thatsächlich gelingen könne, wenigstens einer weiteren Verbreitung der Calamität Einhalt zu thun.

Der zweite Theil der obigen Frage, nämlich welcher gesetzlichen Grundlagen die Staatsverwaltung in dieser Hinsicht bedürfe, erforderte die vorgängige Feststellung

des Programmes für das staatliche Einschreiten wenigstens in seinen allgemeinen Umrissen. Dieses Programm wurde nach sorgfältiger Erwägung aller einschlägigen Verhältnisse folgendermaßen festgestellt: der Staat habe ausnahmslos einzuschreiten, insofern es sich um die Constatierung der Thatsache der Ansteckung durch die Phylloxera und um die Abwehr ihrer weiteren Verbreitung durch Verschleppung der Reben und anderer Träger des Insectes aus dem betroffenen Terrain handelt; hingegen sei ein weiteres staatliches Einschreiten überhaupt von der Individualität des Falles abhängig zu machen, und zwar nach Maßgabe des Umstandes, ob die im einzelnen Falle anwendbaren Mittel im angemessenen Verhältnisse zum voraussichtlichen Erfolge stehen oder nicht.

Tagesneuigkeiten.

— (St. Majestät der Kaiser) werden am Montag den 4. Jänner 1876, in Ofen Audienzen zu erteilen gerufen.

— (Ein Ministerrath) fand, wie die „Tagespr.“ erfährt, in den letzten Tagen des vorigen Jahres in Wien statt, welcher sich damit beschäftigte das Actionsprogramm der Regierung für das nächste Jahr festzustellen. Ministerpräsident Fürst Auersperg eröffnete die Sitzung mit einer längeren Ansprache, in welcher er einen Rückblick auf die Thätigkeit der Regierung im Jahre 1874 warf. Er constatirte als die Erfolge, welche das Ministerium sowohl in der parlamentarischen, wie in der politischen Campagne des Jahres errungen, dankte den Ministern für die Hingebung und Aufopferung, welche sie im Dienste des Kaisers und des Reiches bekundeten, feierte die Solidarität und Eintracht, welche die Quellen der Kraft des Cabinets seien, und beklagte zum Schlusse die wirtschaftliche Krise, welche es dem Patrioten nicht gestatte, mit ungetheilter Befriedigung auf das im Ablauf begriffene Jahre zurück zu blicken.

— (Nordpolfahrer.) Die Vertheilung des Nationalgeschenkes an die Nordpolfahrer wurde am 31. v. M. in Wien vollzogen. Von den dafür eingelangten und bestimmten Beträgen erhielten die fünf Offiziere in silbernen, vom Herrn S. E. Kaiserlich unentgeltlich beigegebenen, sehr nett ausgeführten, reich vergoldeten Kassetten: Payer und Weyprecht je 6000 fl., Dr. Repes 5000 fl., Brosch und Orel je 3500 fl. Ferner die Erben nach dem Maschinenbau 2000 fl., der Bootsmann Rufina 1000 fl., Haller 1570 fl., Janinovich 1320 fl., Klotz 1270 fl., Suggich 1120 fl., Lukinovich 820 fl. und jeder von den elf Matrosen 600 fl.

— (Gemeindewesen.) Der Gemeinderath der Stadt Graz setzte das städtische Präliminare für 1876 fest, welches viel günstiger ausgefallen ist als alle früheren und nur ein ganz geringes Defizit ausweist. Eine Erhöhung der Gemeindesteuern durch Umlagen wird daher nicht eintreten.

Locales.

Sanitätswochenbericht des laibacher Stadtsphysikates

vom 20. bis inclusive 26. Dezember v. J.:

I. Morbilität. Dieselbe war bedeutender als in der Vorwoche. Es traten Diphtheritiden, Variola, Varicellen, Typhoide und Scharlach häufiger auf; auch entzündliche Zustände der Respirationsorgane gelangten öfter zur Behandlung.

II. Mortalität auch in Zunahme. Es starben in dieser Woche 23 Personen (gegen 15 in der Vorwoche). Von diesen waren 9 männlichen und 14 weiblichen Geschlechtes, 14 Erwachsene und 9 Kinder. Daher das weibliche Geschlecht und die Erwachsenen überwiegend an der Sterblichkeit participierten.

Im 1. Lebensjahre starben 2 Kinder, an Fraisen 1 und an Zahnrühr 1.

Vom 2. bis 20. Jahre starben 9 Personen, und zwar an Diphtheritis 6, an Erschöpfung, Lungenentzündung und Lungenödem je 1 Person.

Vom 20. bis 60. Jahre starben 8 Personen, und zwar an Schlagfluß 3, an Convulsionen, Epilepsie, Herzlähmung, Lungenblutsturz und Wasserhuch je 1 Person.

Ueber 60 Jahre alt starben 4 Personen, an Marasmus 2, an Lungenemphysem und Wasserhuch je 1 Person.

Als häufigste Todesursache traten auf: Diphtheritis 6mal, (in der Vorwoche 3mal), d. i. 26.1%; Schlagfluß 3mal, d. i. 13.0%; Marasmus und Wasserhuch je 2mal, d. i. 8.7% aller Verstorbenen.

Im Civilspitale starben 7, im städtischen Armenhause 1 Pfründnerin, in der Stadt und den Vorstädten 15 Personen. Die letzteren vertheilen sich, wie folgt: Innere Stadt 7, Petervorstadt 5, Polana 0, Kapuzinervorstadt 1, Gradiska 0, Krafau und Thraun 2, Karlsbadervorstadt und Pöschnerdorf 0, Moorgrund 0.

— (Ernennungen.) Die Herren Thomas Ankerß und Franz Ziegler wurden zu Ingenieuren für den Staatsbaudienst in Krain ernannt.

— (Zur Faschingsaison.) Gestern abends wurde das Comité zur Arrangierung des in nächster Aussicht stehenden Juristentanzes gewählt.

— (Thierschungsverein.) Die Filiale Krain des grazer Thierschungsvereines hielt gestern ihre erste — constituirende Generalversammlung ab. Der Vorstand Herr Janesch begrüßte die anwesenden Mitglieder und theilte mit, daß die Filiale Krain bereits 187, darunter 68 auswärtige Mitglieder zählt und in derselben sämtliche Gesellschaftskreise vertreten sind. Redner appellirte an die eifrige Mitwirkung aller Vereinsmitglieder zur Erreichung des statutenmäßigen Zweckes; er lud die Vereinsmitglieder ein, aus ihren Familien und Freundeskreisen der Filiale Krain, die aus internationalen Elementen besteht, recht

